

Bernd Faulenbach

Das sozialdemokratische Jahrzehnt

Von der Reformeuphorie
zur Neuen Unübersichtlichkeit

Die SPD 1969-1982



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-5035-5

Copyright © 2011 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Lektorat: Alexander Behrens, Dieter Dowe
Umschlaggestaltung: Petra Strauch
Umschlagfoto:
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung
Satz: Jens Marquardt
Druck und Verarbeitung:
fgb – freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG, Freiburg i. Br.
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2011

Inhalt

Vorwort	11
I. Die Sozialdemokratie in den 1970er-Jahren als Gegenstand der Zeitgeschichte – Zur Einführung	13
II. Zur Physiognomie der 1970er-Jahre	23
Die 1970er-Jahre in den westlichen Gesellschaften (23) • Die internationalen Beziehungen in den 1970er-Jahren (30) • Die 1970er-Jahre im Kontext der Geschichte der Bundesrepublik (32) • Zäsuren der politischen Geschichte der 1970er-Jahre (35)	
III. Machtwechsel und Begründung einer neuen Politik	39
Die Wahl Gustav Heinemanns als Symbol einer historisch-politischen Neuorientierung der Bundesrepublik (39) • »Wir schaffen das moderne Deutschland« – Die SPD im Bundestagswahlkampf 1969 (49) • Das Wahlergebnis vom 28. September 1969 als Weichenstellung zur Sozial-liberalen Regierungsbildung (59) • Das Programm der Sozial-liberalen Koalition – Willy Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 (67) • Der Zeitgeist und die neue Regierung (74) • Zur historischen Einordnung der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler und zur Bildung der Sozial-liberalen Koalition (76)	
IV. Willy Brandts Aufbruch in der Deutschland- und Außenpolitik	80
Die Konzeption der Neuen Ostpolitik (84) • Stationen und Probleme der Neuen Ostpolitik (91) • Innerparteiliche Kritik (98) • Der Kampf um die Ostverträge in Parlament und Öffentlichkeit (102) • Ein neues deutsch-sowjetisches und ein neues deutsch-polnisches Verhältnis? (108) • Die Lösung des Berlin-Problems als wichtiges Ziel der Neuen Ostpolitik (120) • Zwei Staaten – eine Nation: Vom Gegeneinander zum Miteinander? (123) • Veränderbarkeit des SED-Regimes? (130) • Zur Bedeutung der Neuen Ostpolitik in den frühen 1970er-Jahren (137) • Das neue Selbstbewusstsein in der Westpolitik (141) • Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft als wichtige Ziele sozialdemokratischer Politik (145) • Das veränderte Verhältnis zur westlichen Führungsmacht (150) • Das besondere Verhältnis zu Israel und die Problematik des Nahostkonfliktes (157) • Eine neue Entwicklungspolitik? (162) • Die	

sozialdemokratische Partei als Akteur auf der internationalen Ebene (165) • Eine neue Komponente des sozialdemokratischen Identitätsbewusstseins (169) • Wandel des bundesdeutschen Selbstverständnisses (171) • Eine politische Neubewertung der jüngsten Vergangenheit (175) • Zum Verhältnis von Außen- und Innenpolitik in der Ära Brandt (177)

- V. »Mehr Demokratie wagen« – Die Reformpolitik und die Widerstände gegen sie..... 181
 »Partizipative Revolution« und staatliches Handeln (182) • Demokratisierung als zentrale Forderung (185) • Reformbegriff und Leitideen der Reformpolitik (191) • Reformen im politischen System (196) • Expansion und Emanzipation – Reformen in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung (200) • Der mündige Bürger im Zentrum der rechtspolitischen Reformen (208) • Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung für alle – Der weitere Ausbau des Sozialstaates (213) • Demokratie in Betrieben und Unternehmen – Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und die Mitbestimmungsfrage (216) • Vermögensbildung für breitere Schichten (218) • Mehr Gerechtigkeit durch Steuerpolitik? Konzeption und Realisierung der Steuerreform (220) • Raumordnung, Städtebau und Umweltschutz – Die Förderung der Lebensqualität als neues Ziel der Sozialdemokratie (224) • Reformen bei der Bundeswehr (229) • Wachsende Widerstände gegen die Reformpolitik (232) • Zum zeitgenössischen und retrospektiven Urteil über die Politik der inneren Reformen (239)
- VI. Schwierige Machtbehauptung der Koalition, Triumph bei der Bundestagswahl 1972 und neue Probleme..... 242
 Die Position der SPD in den Ländern (243) • Bundestagswahlkampf und Bundestagswahl 1972 als Höhepunkte der Zustimmung zu Willy Brandt und zur Sozialdemokratie (247) • Brandts Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 (259) • Ökonomische und andere Probleme (262) • Eine zweite formative Phase der Bundesrepublik Deutschland? (267)
- VII. Wachstum der Partei, soziokulturelle Differenzierung und politische Flügelbildung – Das Ende der alten Arbeiterbewegung? 271
 Das Einströmen einer großen Zahl von Neumitgliedern und die Veränderung der politischen Kultur der SPD (275) • Die SPD und die Studentenbewegung (281) • Die Jungsozialisten als neue innerparteiliche Opposition (290) • Innerparteiliche Flügelbildung und Polarisierungen (301) • Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) (314) • Das besondere Verhältnis zu den Gewerkschaften (321)

VIII.	Auseinandersetzungen um Selbstverständnis und politische Strategie	329
	Die nachgeholte Debatte über Godesberg (329) • Streitpunkte der ideologischen und strategischen Debatte der frühen 1970er-Jahre (338) • Die Diskussion über das Verhältnis zum Kommunismus (346) • Kritik am »Radikalerlass« und Versuche, ihn abzuschwächen (354) • Zur Bedeutung der Erarbeitung des »Orientierungsrahmens '85« für die sozialdemokratische Konsensbildung (359) • Die Auswirkungen der politisch-programmatischen Auseinandersetzungen auf Öffentlichkeit und Wählerverhalten (362)	
IX.	Führungsschicht und herausragende Persönlichkeiten.....	366
	Generationale Prägungen (367) • Herkünfte und Karrieren (372) • Konsistenz und Kohärenz der Führungsschicht (374) • Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt – Lebensgeschichtliche Prägungen und gemeinsames Handeln (377)	
X.	Der Kanzlerwechsel – Ursachen und Anlass.....	398
	Die Erosion der Autorität Brandts 1973/74 (398) • Guillaume-Affaire und Kanzlerwechsel (405) • Von Brandt zu Schmidt (409)	
XI.	Die Jahre 1973/74 als Epochenwende für Gesellschaft und Sozialdemokratie – Beginn der Neuen Unübersichtlichkeit.....	416
	Die ökonomische Krise (416) • Kritik am Fortschrittsparadigma (421) • Eine rasche Neuorientierung? (423) • Sozialdemokratische Dilemmata (425)	
XII.	Der Versuch einer Stabilisierung der sozial-liberalen Regierung durch Helmut Schmidt 1974-1976	428
	Helmut Schmidts Regierungsbildung und Regierungsprogramm (429) • Die Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 (435) • Fortsetzung der Reformpolitik – Die Mitbestimmung als Beispiel (440) • Keynesianisches Krisenmanagement (445) • Kontinuität der Außen- und Deutschlandpolitik (449) • Abschwächung der innerparteilichen Auseinandersetzungen 1975/76? (459) • Die schwierige Lage der SPD 1974-1976: Die Wahlentwicklung in den Ländern als Indikator (467) • Wahlkampf und Wahl 1976: Das »Modell Deutschland« und »Freiheit statt Sozialismus« (470) • Regierungsbildung und Regierungserklärung im Dezember 1976 und die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik in den folgenden Jahren (484)	

- XIII. Helmut Schmidts Außen- und Deutschlandpolitik angesichts weltwirtschaftlicher Turbulenzen und wieder zunehmender Ost-West-Gegensätze 493
 Helmut Schmidts globale Wirtschaftspolitik und die deutsche Rolle in der internationalen Politik (495) • Mühsame Fortschritte in der europäischen Integrationspolitik (502) • Sozialdemokratische Westeuropapolitik (508) • Die deutsche Frage in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre (511) • Die konkreten deutsch-deutschen Beziehungen (519) • Die Entspannungspolitik im gesamteuropäischen Zusammenhang (530) • Sozialdemokratie und Dissidentenbewegung in Osteuropa (535) • Das zunehmend schwierige Verhältnis zu den USA und die Zuspitzung der internationalen Lage (544) • Der NATO-Doppelbeschluss als Versuch der Verknüpfung von militärischer Gleichgewichtspolitik und Entspannungspolitik (554) • Die Nord-Süd-Politik als Aufgabe der Bundesrepublik und der Sozialistischen Internationale (562) • Der andauernde Nahostkonflikt (565) • Wachsende Bedeutung der Bundesrepublik und der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Politik (567)
- XIV. Die Sozialdemokratie und die neuen innenpolitischen Herausforderungen in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre 569
 Der Anspruch sozialdemokratischer Reformpolitik auf dem Höhepunkt der Ära Schmidt (570) • Die Aufgabe der Konsolidierung des Sozialstaates (575) • Die Zukunft der Arbeit (583) • Die Auseinandersetzung um die Energiepolitik (587) • Die SPD und die Alternativbewegungen (593) • Der Einfluss der neuen Frauenbewegung (601) • Die politische Vernetzung der Bewegungen (604) • Die Frage der Weiterentwicklung sozialdemokratischer Programmatik angesichts der Alternativbewegung und der »grünen« Parteibildung (609) • Der Kampf gegen den Terrorismus der RAF (615)
- XV. Das spannungsreiche Verhältnis von Partei, Fraktion, Regierung und Wählerschaft 1976-1980 631
 Andauernde innerparteiliche Auseinandersetzungen (631) • Integration der Ökologiebewegung? (640) • Partei, Fraktion, Regierung und Bundeskanzler (645) • Die Stabilisierung der SPD in den Ländern (655) • Der Bundestagswahlkampf 1980 und das Ergebnis der Bundestagswahl (664)
- XVI. Divergierende Interessen, Ziele und Strategien. Die Sozialdemokratie und der Niedergang der Sozial-liberalen Koalition 676
 Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl und Regierungserklärung vom 24. November 1980 (677) • Diskussionen zu Selbstverständnis und kultureller Hegemonie (685) • Eine neue Phase der innerparteilichen Auseinandersetzung (693) • Außen- und deutschlandpolitische Probleme (697) • Die Nachrüstungsfrage und die Friedensbewegung als sozialde-

mokratische Probleme (709) • Mühsame Suche nach Kompromissen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik (723) • Die Erosion der Machtbasis in den Ländern (734) • SPD, FDP und das Ende der Koalition (738) • Historisch zwangsläufiges Scheitern? (755) • Die Sozialdemokratie und die »Wende«-Politik (758)

XVII. Zur Bedeutung des »sozialdemokratischen Jahrzehnts« (Resümierende Schlussbetrachtung) 765

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 781
Quellen und Literatur 783
Personenregister 802
Sachregister 810
Bildnachweis 818
Der Autor 819

XI.

Die Jahre 1973/74 als Epochenwende für Gesellschaft und Sozialdemokratie – Beginn der Neuen Unübersichtlichkeit

Aus heutiger Sicht erscheinen die Jahre 1973/74 als Epochenwende, deren Ausmaß den meisten Zeitgenossen naturgemäß verborgen blieb.¹ Sie umfasste die Ökonomie, die Gesellschaft, die Kultur, das Zeitklima mit seinen vorherrschenden Strömungen, auch die internationale Politik. Der Wechsel im Kanzleramt von Brandt zu Schmidt passte zu dieser »Wende«, er schien sie ein Stück weit zu symbolisieren. Im Zentrum der Zäsur standen Ölpreiskrise, Konjunkturkrise, Wirtschaftskrise, doch geriet auch der bisherige Fortschrittsbegriff mit seinen Prämissen in die Krise. Zu nennen sind auch wachsende Zweifel an der Reformpolitik, die von konservativer Seite postulierte »Tendenzwende« und die Entstehung von Alternativbewegungen, die hier ihren Ausgang nahmen. Die verschiedenen Teilprozesse überlagerten und verstärkten sich in dieser Epochenwende.

Die ökonomische Krise

1973/74 ging die große Wachstumsperiode der Nachkriegszeit zu Ende, die Eric Hobsbawm als »goldenes Zeitalter« des Kapitalismus bezeichnet hat.² Abgesehen von der Konjunkturdelle 1966/67, war sie in Westdeutschland ein mehr oder weniger ständiger Boom. Sein Ende war von erheblicher Relevanz für eine Politik, die sich daran gewöhnt hatte, den gesellschaftspolitischen Fortschritt aus den Zuwächsen zu finanzieren. Seitdem

1 Eine ganze Reihe von Historikern sehen inzwischen 1973/74 (im Ölpreisschock u. a.) als wichtige Zäsur. Vgl. Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995; Charles S. Maier: *Two Sorts of Crisis? The »Lang« 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konfliktes*, München 2003, S. 49-62; Edgar Wolfm: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 327 ff.; insbes.: S. 335 ff.

2 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*, S. 285 ff. Zum deutschen Fall siehe Hartmut Kaelble (Hg.): *Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, Opladen 1992.

gab es nur noch kleine Zyklen. Die Konjunktorentwicklung bei gleichzeitigen strukturellen Problemen wurde nun zu einer ständigen Herausforderung der Politik, gerade auch für die deutsche Sozialdemokratie, die in besonderer Weise eine staatliche Verantwortlichkeit für die Wirtschaftsentwicklung postulierte. Es kam in diesem Kontext zu einer Ökonomisierung der nationalen wie der internationalen Politik. Zugleich veränderten sich die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Strukturen.

Die Krise 1973/74 (die teilweise auch noch 1975 anhielt) war in Deutschland das Resultat der Überlagerung längerfristiger Trends und kurzfristiger Veränderungen. Zu den längerfristigen Trends gehörten in der Bundesrepublik neben dem großen internationalen Konjunkturzyklus das – wie Werner Abelshauer formuliert³ – »Ende der Rekonstruktionsperiode« der deutschen Wirtschaft wie das Hervortreten längerfristiger struktureller Wandlungsprozesse der Wirtschaft. Zu den kurzfristig wirksamen Faktoren zu zählen ist vor allem die durch den Nahostkonflikt verursachte Explosion der Energiepreise sowie die ebenfalls von außen kommende Inflationsproblematik.⁴

Ökonomisch-gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die vorher begonnen hatten und nachher andauerten, erhielten in den 1970er-Jahren in Westdeutschland einen Schub und erschienen endgültig als irreversibel. Dies gilt für die Zurückdrängung der alten Industrien, der Textilindustrie, des Bergbaus, der Stahlindustrie und des Schiffbaus. Verbunden war damit der schrittweise Bedeutungsverlust großbetrieblicher Strukturen. Gleichzeitig beschleunigte sich der durch technologische und betriebsorganisatorische Fortschritte herbeigeführte – wie Wolfgang Hindrichs formuliert hat – »lange Abschied vom Malocher«.⁵ Körperliche Arbeit verlor an Bedeutung und mit ihr ein bestimmtes Arbeiterbewusstsein.

Dies waren Vorgänge, die in besonderer Weise die Sozialdemokratie betrafen, die sich seit dem mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts im handwerklich-betrieblichen Bereich, später auch in Großbetrieben ausgedehnt, hier eine Machtbasis erworben hatte, die durch die in der Nachkriegszeit eingeführte Mitbestimmung in der Montanindustrie zusätzlich abgesichert

3 Werner Abelshauer: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983, S. 88 ff. Vgl. dazu auch Werner Plumpe: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 85 ff.

4 Inwieweit man eine drastische Verschlechterung der Angebotsbedingungen für die Krise mitverantwortlich machen kann, ist strittig. Vgl. Andreas Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004, S. 176 ff.

5 Wolfgang Hindrichs u. a.: Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die Neunziger Jahre, Essen 2000.

worden war. Diese Basis wurde nun schwächer. Für Sozialdemokratie und Gewerkschaften lag es in den 1970er-Jahren nahe, die Interessen dieser Industrien und ihrer Arbeitnehmer zu verteidigen und, als dies nur teilweise gelang, zumindest einen sozial verträglichen Umstrukturierungsprozess zu gestalten.

An der Ruhr hatte sich die Strukturproblematik schon in den 1960er-Jahren gezeigt. Die damals entwickelten Instrumentarien, etwa der Sozialplan, erhielten jetzt erhebliche Bedeutung über den Montanbereich hinaus. Allerdings wurde die Arbeitslosigkeit plötzlich zu einem ungleich gravierenderen Problem als in der langandauernden Konjunktur des »goldenen Zeitalters«.

In der Quintessenz wird man mit Anselm Doering-Manteuffel⁶ im Hinblick auf die 1970er-Jahre von einem verschiedenen Dimensionen aufweisenden Wandel der Industriemoderne sprechen können, der durch die Krise beschleunigt worden ist. Verbunden damit waren erhebliche politische und gesellschaftliche Konsequenzen. Hatten sich seit den 1960er-Jahren die Staatsaufgaben ausgeweitet, war aus der Sozialpolitik Gesellschaftspolitik geworden, die verstärkt Bildungswesen, Wohnungs- und Städtebau und andere wohlfahrtsstaatliche Bereiche einschloss, so stieß jetzt der Staat an seine Grenzen. Die Konsolidierung des Sozialstaates wurde eine wichtige politische Aufgabe. Dies einzusehen musste für die Sozialdemokraten, nicht nur für die Führung, sondern mehr noch für die Basis, nicht zuletzt für die Gewerkschaften, ganz schwierig werden, zumal sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Politik gerade im Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der sozialen Sicherheit einen Hauptschwerpunkt hatte. Symptom des deutlich veränderten Klimas war, dass die Politik im November 1973, unter Zustimmung von Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden sowie Kritik seitens der Arbeitgeber, versuchte, den weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern zu stoppen und deren Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu fördern. Die Gastarbeiter-Konzeption, die für die 1960er-Jahre charakteristisch war, wurde nun aufgegeben.⁷ Die Integrationsproblematik erhielt damit eine neue Qualität.

6 Anselm Doering-Manteuffel: Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 559-581.

7 Vgl. Ulrich Herbert/Karin Hunn: Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955–1973), in: Axel Schildt u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 273-310; Ralph Jessen: Bewältigte Vergangenheit – blockierte Zukunft? Ein prospektiver Blick auf die bundesre-

Arbeitslosigkeit wurde durch die Krise von 1973/74, die durch die Ölpreiskrise ausgelöst wurde, doch auch strukturelle Veränderungen hervortreten ließ, wieder zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Problem. 1971 waren 185.000 Menschen arbeitslos, die Zahl stieg 1972/73 leicht an. Doch von 1973 auf 1974 wuchs die Zahl von 273.000 auf 582.000, um dann 1975 auf über eine Million (1,047 Mio.) anzuwachsen, das heißt die Krise schlug nun voll auf den Arbeitsmarkt durch. In den folgenden beiden Jahren veränderte sich diese Zahl kaum, erst 1978 wurde die Millionengrenze wieder unterschritten, 1979 erreichte sie 876.000, um seit 1980, als 889.000 gemeldet wurden, wieder anzusteigen. 1982 wurden 1.833.000 Arbeitslose gezählt.⁸

Die 1970er-Jahre zeigten deutlich, dass es sich um Vorgänge handelte, die nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkt waren. Diese büßten deshalb angesichts internationaler Markttendenzen ihre wirtschaftliche Steuerungsfähigkeit teilweise ein. Gerade deshalb wurde die Ökonomie zu einer zentralen Frage der internationalen Politik. Deren Ökonomisierung fand ihren Ausdruck unter anderem in den G-7-Gipfeln, das heißt, sie schuf sich neue Institutionen.⁹

Die konjunkturelle Krise und die Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen irritierten umso mehr, als prinzipielle Voraussetzungen des Industrialismus gerade in dieser Zeit fragwürdig wurden. Der im Auftrag des Club of Rome von einem Forscherteam des Massachusetts Institute of Technology (MIT) erstellte Bericht über die »Grenzen des Wachstums« wies 1972 nachdrücklich auf die Endlichkeit natürlicher Ressourcen, insbesondere im Energiebereich, hin und forderte ein generelles Umdenken in Wirtschaft und Lebensweise.¹⁰ Offenkundig war die Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Preis des Wirtschaftswachstums. Kritisiert wurde nun in

publikanische Gesellschaft am Ende der Nachkriegszeit, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 177-195.

8 Zahlen nach den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland (Hg. Statistisches Bundesamt).

9 Vgl. unten, S. 499 ff.

10 Der unter dem Titel »Limits to Growth« 1972 veröffentlichte Bericht wurde innerhalb desselben Jahres in zwölf Sprachen übersetzt und erreichte eine Millionenaufgabe. Die deutsche Ausgabe Dennis Meadows u. a. (Hg.): *Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972. Zur Debatte über den Bericht siehe Rüdiger Graf: *Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und ökologische Bedrohungsszenarien der frühen 1970er-Jahre*, in: Dominik Gepfert/Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*, Göttingen 2008, S. 207-228.



Leere Autobahn nach Sonntagsfahrverbot im November 1973.

vielen Diskussionen vielfach ein »Wachstumsfetischismus«. Der Wachstumsbegriff wurde damit just in einer Phase problematisiert, als das kontinuierliche Wirtschaftswachstum zu Ende war. Politische Zielkonflikte mussten die Folge sein.¹¹

Der Jom-Kippur-Krieg 1973 löste eine aktuelle Ölkrise aus, die die Gefahr einer starken Öl-Verknappung zeigte und zu nachhaltigen Preissteigerungen führte. Doch waren die Folgen nicht nur ökonomischer Art. Die von der Regierung Brandt-Scheel beschlossenen Sonntagsfahrverbote bedeuteten für die Bundesbürger sozial-psychologisch einen Schock und zeigten die enorme Abhängigkeit der Zivilisation vom Öl und von anderen Ressourcen, auch die deutsche Dependenz von anderen Staaten, die man nur sehr begrenzt beeinflussen konnte und die angesichts der Endlichkeit der Ressourcen besonders bedrohlich wirkte. So tauchte die Frage nach alternativen Produktions- und Lebensformen auf. Im nun einsetzenden Krisendiskurs überlagerten sich offensichtlich verschiedene Probleme.

¹¹ Die Frage Wirtschaftswachstum oder Lebensqualität warf Erhard Eppler schon im April 1972 auf einer internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen auf (Erhard Eppler: Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart u. a. 1974, S. 18-31).